



## Resolution

Eingebracht durch die Vereinigten Staaten von Amerika

*"Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzierung von Terrorismus und bewaffneten Konflikten"*

Der Sicherheitsrat,

das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung von Terrorismus in Erinnerung rufend,

unter Hinweis auf die Resolution 54/110 der Generalversammlung der Vereinten Nationen, mit deren Ratifizierung sich alle Mitgliedstaaten dazu verpflichtet haben, Terrorismus weder zu finanzieren, noch zu begünstigen, noch auf eine andere Art und Weise zu unterstützen,

erinnernd an die schrecklichen Ereignisse des 11. Septembers 2001, die deutlich gezeigt haben, wie groß die Bedrohung von Terrorismus für die ganze Welt ist,

unter Bekräftigung der von Kofi Annan festgelegten Antiterrorismusstrategie der Vereinten Nationen,

tief bestürzt über die zunehmende Brutalität von Terroristen in Hinblick auf die Finanzierung ihrer Aktivitäten,

betonend, dass der Terrorismus im direkten Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten steht,

beobachtend, dass die Zahl der bewaffneten Konflikte und, damit verbunden, der terroristischen Aktivitäten stetig zunimmt,

in Sorge darüber, dass bei bewaffneten Konflikten mehr als 250.000 Kindersoldaten involviert sind,

1. kommt zu dem Schluss, dass der Terrorismus immer noch eine weltweite Bedrohung darstellt;
2. wiederholt, dass ein starker internationaler Zusammenhalt im Kampf gegen den Terrorismus eine Notwendigkeit ist;

3. legt dringend nahe, dass alle Mitgliedstaaten mit Hilfe der Financial Action Task Force ihr Finanzsystem nach internationalen Standards transparenter gestalten sollen, um eine Finanzierung des Terrorismus und bewaffneter Konflikte zu unterbinden und etwaige Aktivitäten aufzudecken;
4. ruft in Erinnerung, dass gerade die Aufklärung der zivilen Bevölkerung ein wichtiges Mittel zur Prävention und Bekämpfung des Terrorismus und bewaffneter Konflikte ist;
5. verurteilt Mitgliedstaaten der UN wie Kuba und Syrien, die terroristische Gruppierungen wie die FARC und Hisbollah unterstützen und finanzieren;
6. beschließt, Hilfsorganisationen durch intensive Betreuung durch die UN und Sicherheitsvorkehrungen mehr zu beschützen, um einen Missbrauch durch terroristische Gruppierungen und Paramilitärs zu verhindern;
7. beschließt, mit der Sache befasst zu bleiben.